

# Ost-Berlin kündigt Schauprozeß an

### Die Schuld am Posener Aufstand soll amerikanischen Agenten zugeschoben werden

Von unserer Berliner Redaktion

Berlin, 10. Juli

Die Justizbehörden der DDR wollen den Beweis erbringen, daß der Aufstand von Posen von amerikanischen Spionage-Organisationen angezettelt wurde. In einem großen Schauprozeß gegen mehrere in den letzten Wochen verhaftete „Agenten“ soll klargestellt werden, daß die Revolte „von langer Hand vorbereitet“ war. Das erklärte der Leiter des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR, Fritz Beyling, am Dienstag auf einer Pressekonferenz. Er stellte dabei in Aussicht, daß auch westliche Journalisten diesem Prozeß beiwohnen könnten.

Eigentliches Thema der Pressekonferenz war die Vorstellung des „Mannes mit dem Panzerschrank“. Im Mai hatte Ministerpräsident Grotewohl in einer Volkskammersitzung berichtet, ein deutscher Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes sei unter Mithilfe eines mit Dokumenten gefüllten Panzerschranks aus der Bundesrepublik in die DDR geflohen. Der räumliche Rückkehrer stellte sich als der 34-jährige Horst Hesse aus Magdeburg vor, der im September 1952 als politischer Flüchtling in die Bundesrepublik gekommen war und hier rasch zum „Abteilungsleiter der Würzburger Filiale des amerikanischen Geheimdienstes MID“ avanciert sein will. Beyling erklärte, das Material aus dem Panzerschrank habe nicht nur zur Verhaftung der damals von Grotewohl genannten 137 Agenten geführt, sondern auch auf Grund ihrer Aussagen zahlreiche weitere Festnahmen ermöglicht.

Nach amerikanischer Ansicht war Hesse ein vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst (SSD) eingeschleuster Agent. Das ergibt sich aus einem Fahndungsfunkpruch, den SSD-Oberst Bormann auf der Pressekonferenz bekanntgab und in dem Hesse so beurteilt wurde: „Dieser Mann ist ein Roter und äußerst gefährlich.“ Die Würzburger MID-Filiale hatte, wie Hesse behauptete, die besondere Aufgabe, Reisende und

Flüchtlinge aus der DDR auszufragen und unter ihnen Agenten zu werben. Als „Journalisten“ oder „Meinungsforscher“ getarnt hätten die Mitarbeiter der amerikanischen Dienststelle einen Vorwand gesucht, um Gespräche mit DDR-Bürgern anzuknüpfen. Weiteres Adressenmaterial hätten die Agenten aus Photokopien von Privatbriefen zwischen Ost und West erhalten. Die ostdeutschen Absender der Briefe seien nach einiger Zeit mit Liebesgabenpaketen — beim MID „Anreizpakete“ genannt — bedacht und später zu einem Besuch nach West-Berlin eingeladen worden. Dort hätte man sie dann zur Spionage- und Agententätigkeit gezwungen.

Nach den Plaudereien aus dem Panzerschrank des mutmaßlichen Doppelagenten Hesse war die anschließend gezeigte Ausstellung der Dokumente aus dem Safe enttäuschend. Ein ausgestelltes Exemplar der angeblich tausend mitgebrachten Blanks-Presseausweise hatte keine Ähnlichkeit mit dem in der Bundesrepublik seltigen roten Ausweis des Deutschen Journalistenverbandes. Einige Photokopien von Briefen deutscher Mitarbeiter und Namenslisten angeblicher Agenten waren die ganze zur Schau gestellte Beute Hesses.

## Keine radioaktive Gefährdung, sagt Hahn

na Mainz (Eigener Bericht)

Professor Otto Hahn übergab in Mainz zusammen mit Frau Dr. Lise Meitner und Professor Straßmann, die ihm 1938 bei der ersten erfolgreichen Kernspaltung im Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin assistiert hatten, die neuen Gebäude des Max-Planck-Instituts für Chemie ihrer Bestimmung. Nach der Feier erklärte Hahn geschwäteweise, die in Niederschlägen festgestellte Radioaktivität bilde im Augenblick keine Gefahr für die Menschheit. Es sei aber nicht abzusehen, ob die Erbanlagen bei Fortführung der Atombomben-Versuche im gleichen Umfang wie bisher ohne Schaden blieben.

# Soll eine SPD-Regierung die Wehrpflicht abschaffen?

(Fortsetzung von Seite 1)

Bestrebungen einzelner Vorstandsmitglieder, nach wie vor nicht ausgesprochen.

Von den zu erwartenden harten Auseinandersetzungen um diesen Entschließungsantrag ließ die Eröffnungssitzung des 7. Parteitag im Kongreß-Saal des Deutschen Museums noch nicht ahnen. Der erste Konferenztag beschränkte sich auf Begrüßungsansprachen und Orgelmusik. Nur in persönlichen Gesprächen war den Delegierten, die wegen der im Saal herrschenden Hitze überwiegend in Hemdsärmeln auf dem Gang der Dinge harrten, anzumerken, daß sie nach den Ereignissen, die in der vergangenen Woche über die Bonner Bühne gingen, gleichsam mit erhöhtem Blutdruck nach München gekommen sind. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß es diesem Parteitag an Dynamik nicht fehlen wird. Schon am Dienstagmorgen erörterten die Delegierten zusammen mit der Bundestagsfraktion unter Ausschluss der Öffentlichkeit wahlaktive Maßnahmen, die geeignet wären, der SPD neue Wählermassen zuzuführen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da einzuweisen die Meinungen darüber noch weit auseinandergehen, ob man das Schwergewicht des Wahlkampfes auf die Außen- oder die Innenpolitik legen soll. Die SPD will jedenfalls versuchen, vor allem jene neun Millionen Menschen anzusprechen, die sich an der Bundesrepublik von Wahlen noch fernzuhalten pflegen. Die Partei glaubt, diese Nichtwähler vor allem in den Reihen des Mittelstandes suchen zu müssen.

Wie vorausgesehen, sind alle Versuche zum Scheitern verurteilt, die den Parteitag veranlassen wollen, direkte politische Gespräche mit der Regierung der DDR zu verlangen. Auch ein Schreiben des SED-Zentralkomitees an den SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, in dem eine Aktionsgemeinschaft in der Wehrfrage vorgeschlagen wurde, wird nicht beantwortet werden. Sämtliche Delegierten sind gehalten, die ihnen aus der DDR per Einschreiben zugehenden kommunistischen Aufforderungen und Begrüßungen gar nicht erst in Empfang zu nehmen.

## Die Wehrfrage wird von Mellies nur gestreift

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Mellies erklärte in seiner Eröffnungsansprache: „Deutlicher als in den letzten Jahren hat sich in der Zeit nach unserem Parteitag in Berlin gezeigt, daß die restaurativen Kräfte der Bundesregierung nicht in der Lage sind, mit den heute gestellten Aufgaben fertig zu werden.“ Im Gegensatz zu den Kongressen anderer Parteien werde sich die SPD in den nächsten Tagen mit diesen Gegenwartsaufgaben in einer „harten, aber sachlichen Diskussion“ auseinandersetzen haben. Es fiel auf, daß Mellies die Wehrfrage nur mit einem Satz streifte, während er sich ausführlich mit der Sozialreform befaßte, die er als „innen-

politische Aufgabe Nummer 1“ bezeichnete. Die am Donnerstag auf der Tagesordnung stehende Behandlung des Themas „Die zweite industrielle Revolution“ wird nach den Worten Mellies den Münchner Parteitag zu einem der entscheidendsten sozialdemokratischen Kongresse erheben.

Mit 28 prominenten ausländischen Gästen ist in München das stärkste Aufgebot von Vertretern sozialdemokratischer Bruderparteien, das jemals seit Kriegsende einen SPD-Parteitag besuchte, erschienen. Unter den Gästen befinden sich u. a. der Ministerpräsident und Außenminister Dänemarks, H. C. Hansen, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale und Generalsekretär der Labour Party, Morgan Phillips, der norwegische Außenminister Halvard Lange, der österreichische Innenminister Oskar Helmer und der schwedische Verteidigungsminister Torsten Nilson.

Den Reigen der 18 Begrüßungsansprachen eröffnete der Münchner Oberbürgermeister Thomas Wimmer mit der Versicherung, in München lebe ein alter sozialdemokratischer Geist nach bayerischer Tradition. Ministerpräsident Hoegner fand besonders starken Beifall mit der Bemerkung, die Wehrpflicht werde auch von den meisten jungen Menschen abgelehnt. Hoegner erklärte weiter, die bayerische Staatsregierung wolle den Nachweis erbringen, daß ohne die Sozialdemokratie nie mehr in Bayern regiert werden könne.

## Der dänische Ministerpräsident ergreift das Wort

In fließendem Deutsch sagte der dänische Ministerpräsident Hansen als erster Sprecher der ausländischen Sozialisten: „Ich weiß sehr wohl, daß zwischen der SPD und anderen sozialistischen Parteien Westeuropas Meinungsverschiedenheiten über außenpolitische Angelegenheiten bestehen. Im klaren Bekenntnis zum Westen und in der klaren Abweisung einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien besteht jedoch unverrückliche Übereinstimmung.“

Gerade weil es solche Meinungsverschiedenheiten gibt, hat die SPD dem Vernehmen nach besonderen Wert auf zahlreiches Erscheinen ausländischer Gäste gelegt. Mellies sagte hierzu, die Schwierigkeiten seien nunmehr durch die große menschen- und völkerverbindende Kraft der sozialistischen Idee überwunden worden. Gleich Ministerpräsident Hansen versicherten auch andere Gastredner, daß man den neuen sowjetischen Kurs mit großer Aufmerksamkeit verfolge und die etwa neu entstehenden Verhandlungsmöglichkeiten mit Geschmeidigkeit, Aufmerksamkeit und Bereitwilligkeit nutzen müsse.

Nur wenige Hände rührten sich zum Beifall, als Mellies einen Vertreter der sozialistischen Exil-Partei Spaniens begrüßte und darauf aufmerksam machte, daß vor zwanzig Jahren „reaktionäre und faschistische Kräfte den Kampf gegen die Freiheit“ in Spanien begonnen hätten.

## Väterchen Nikita

Der Erste Sekretär der sowjetischen KP, Nikita Chruschtschow, soll nach Berichten der Londoner Zeitungen Daily Mail und Daily Telegraph am 24. Juni auf einem vom sowjetischen Verteidigungsministerium gegebenen Empfang die geladenen Vertreter fast aller Nationen in betrunkenem Zustand schwer beleidigt haben. Der Daily Telegraph nennt den Vorfall „die bisher unglücklichste Episode in der unglücklichen Karriere des Mr. Chruschtschow“ und behauptet, alle Informationen über die Angelegenheit seien von der sowjetischen Zensur unterdrückt worden. „Chruschtschow wählte diesen Augenblick, um seinen eigenen Rekord in betrunkenem Benehmen zu schlagen, und Marschall Bulganin war daran beteiligt“, schreibt das Blatt. „Die beiden Führer gerieten zuerst in einen heftigen Streit darüber, wer von ihnen eine Rede halten sollte. Chruschtschow versuchte Bulganin zu überschreiben und befahl ihm, sich zu setzen, da er, Chruschtschow, reden werde. Es gelang Chruschtschow sodann, nahezu jeden Gast zu beleidigen. Diese Beschimpfungen waren sowohl nationaler als auch persönlicher Art. Dem unglücklichen Verteidigungsminister, Marschall Schukow, blieb es überlassen, die Scherben wieder zu kitten. Er entschuldigte sich persönlich bei vielen der beleidigten Gäste... Diejenigen, denen Chruschtschows tägliches Treiben bekannt ist, fragen sich, wie lange jemand einer solchen Trinkerlei gewöhnen ist. Sie fragen sich, wie lange seine Kollegen, insbesondere die aus der Armee, sich mit einem derartigen Benehmen abfinden, das Feinde in Mengen schafft und die sowjetischen Führer zum Gespött der Ausländer macht.“ — Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte zu den Berichten: „Mir sind keinerlei Tatsachen bekannt, die die Annahme rechtfertigen, daß irgend jemand beleidigt wurde.“

## Tupini erneut Bürgermeister von Rom

Rom (UP)

Der christlich-demokratische Senator Umberto Tupini ist am Montag zum zweitenmal zum Oberbürgermeister von Rom gewählt worden. Bei der Abstimmung im 80köpfigen Stadtparlament wurden 45 Stimmen für Tupini und 28 Stimmen für seinen linkssozialistischen Gegenkandidaten Cattini abgegeben. Fünf Abgeordnete gaben weiße Stimmzettel ab, zwei waren nicht anwesend. Damit wurde Tupini zum zweitenmal innerhalb einer Woche zum Oberbürgermeister der italienischen Hauptstadt gewählt. Nach seiner ersten Wahl am Montag der vergangenen Woche, bei der er 50 Stimmen auf sich vereinen konnte, war er wieder zurückgetreten, da die Unterstützung, die ihm durch die Monarchisten und Neofaschisten zuteil geworden war, von den Koalitionspartnern der Christlichen Demokraten als eine politische Belastung betrachtet wurde.

## Lübke wünscht Preistreiber-Paragrafen

Hamburg (dpa)

Bundesernährungsminister Lübke sprach sich erneut für die Wiedereinführung des Preistreiber-Paragrafen im Wirtschaftsstrafrecht aus. Der Paragraf, der ungerechtfertigte Preis-erhöhungen unter Strafe stellte, war 1954 vom Bundestag aufgehoben worden. Lübke sagte, die Hausfrauen sollten nicht unbedingt die Bauern die Schuld an den steigenden Lebensmittelpreisen geben und möglichst dort kaufen, wo die Ware am billigsten angeboten wird.

## Deutsche Industrie dankt Herbert Hoover

Köln (AP)

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) hat anlässlich des 25. Jahrestages der Verkündung des Hoover-Moratoriums dem früheren Präsidenten der USA, Herbert Hoover, den Dank der deutschen Industrie für seine nach beiden Weltkriegen Deutschland entgegengebrachte verständnisvolle Haltung und Hilfeleistung in einem Handschreiben übermittelt. Als Ehrengeschenk soll Hoover eine aus 12 Lederbänden bestehende Ausgabe von Goethes gesammelten Werken vom deutschen Botschafter in Washington, Krekeler, überreicht werden.

## Bundesrat und Wehrdienstzeit

Stuttgart (dpa)

Der Bundesrat ist der Ansicht, daß neben dem vom Bundestag am 7. Juli verabschiedeten Wehrpflichtgesetz auch das Gesetz über die Dauer des Wehrdienstes, das die Bundesregierung bisher nicht vorgelegt hat, der Zustimmung der Länderorgane bedarf. Diese Feststellung traf der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Gebhard Müller, auf einer Pressekonferenz. Die Wehrdienstzeit sei aus dem Wehrpflichtgesetz deshalb ausgeklammert worden, weil die Länder, unter ihnen auch Baden-Württemberg, erklärten, sie könnten keine Entscheidung in dieser Frage treffen, bevor sie den Wortlaut der zu dieser Frage eingeholten Gutachten zur Kenntnis genommen haben. Vom Bundestag und von der Bundesregierung werde die Zustimmungsbefürchtung jedoch bestritten, so daß die Frage in rechtlicher Beziehung offen sei.

Wien läßt Malenko ein. Der österreichische Minister hat beschlossen, den sowjetischen Energieminister Malenko zu einem Besuch einzuladen, bei dem er Gelegenheit haben soll, die österreichischen Kraftwerke zu besichtigen. (AP)

# Politische Bildung — wieder vertagt

### Unterausschuß des bayerischen Landtags prüft die Pläne erst im Herbst

München (SZ)

Der Plan einer Akademie für politische Bildung in Bayern ist trotz der Bemühungen der Regierungsparteien, ihn schnell zu verwirklichen, zunächst auf parlamentarisches Eis gelegt worden. Nachdem sich der Kulturpolitische Ausschuß des Landtags zum wiederholten Male auch am Dienstag nicht über den Träger einer solchen Einrichtung hatte einig werden können, überwies er die Angelegenheit an einen Unterausschuß, der die Vorschläge von Koalition und Opposition auf einen gemeinsamen Nenner bringen und eine für beide Seiten brauchbare Beratungsgrundlage schaffen soll. Der Unterausschuß, der sieben Mitglieder zählt, wird seine Arbeit erst nach den Parlamentsferien aufnehmen.

Bekanntlich hatten die Regierungsparteien die Errichtung einer örtlich gebundenen Politischen Akademie als Körperschaft des öffentlichen Rechts vorgeschlagen, die vom Staat gefördert werden soll. Die CSU, die befürchtet, daß „der goldene Glanz des Staates“ das Institut zu einem Instrument einseitiger politischer Beeinflussung werden lassen könnte, will dagegen sogenannte freie Bildungsträger, unter ihnen auch Sportverbände, Heimatvereine und

Frauenorganisationen, zu einem eingetragenen Verein zusammenschließen, der die Akademie tragen soll. Der Antrag auf Überweisung der beiden Vorschläge an einen Unterausschuß kam von der CSU, die offensichtlich keine Eile zeigt, zu einem Abschluß der Beratungen zu kommen.

## Die Wirtschaftshilfe für die Grenzgebiete

Im Grenzlandauschuß des Landtags stellte sich am Dienstag der neue Beauftragte der Staatsregierung für die Grenzgebiete, Ministerialdirektor Heilmann vom Wirtschaftsministerium, vor. Heilmann erklärte, die Staatsregierung betrachte die Hebung des Gesamtstandes der bayerischen Grenzgebiete weiterhin als besondere Verpflichtung. Der neue Staatsbeauftragte will zunächst die Grenzlandreferate in den einzelnen Ministerien zusammennehmen und ihre Arbeit aufeinander abstimmen. Weiter will er durch ausreichende Kontakte mit den zuständigen Bundesministerien eine wirksame finanzielle Unterstützung der Grenzgebiete mit Bundesmitteln sichern. Leistungsschwachen Gemeinden im Grenzgebiet verspricht Heilmann eine verstärkte finanzielle Hilfe; vor allem möchte er erreichen, daß bereitgestellte Darlehen auch in Anspruch genommen werden können. Ko.

# Vier Milliarden Dollar Auslandshilfe

### Auslandshilfegesetz nicht ohne Kürzung verabschiedet / Bewilligungsgesetz wird beraten

Washington (UP)

Die beiden Häuser des amerikanischen Kongresses haben das Auslandshilfegesetz für das Rechnungsjahr 1956/57 endgültig verabschiedet und Präsident Eisenhower zur Unterzeichnung zugeleitet. In seiner endgültigen Form sieht das Gesetz für 1956 4,1 Milliarden Dollar (17,2 Milliarden Mark) vor, während die Regierung Eisenhower ursprünglich 4,9 Milliarden Dollar gefordert hatte. Die vom Vermittlungsausschuß zwischen Repräsentantenhaus und Senat ausgearbeitete Kompromißformel für das Auslandshilfegesetz wurde von den beiden Häusern kurz hintereinander ohne Aussprache verabschiedet. Die eigentliche Ausschüttung der vorgesehenen Mittel wird in einem besonderen Bewilligungsgesetz geregelt, mit dem sich die beiden Häuser voraussichtlich noch in dieser Woche beschäftigen werden. Hierbei dürfte das Repräsentantenhaus erneut die von der Regierung geforderten Bewilligungen erheblich kürzen, während die Streichungen, die der Senat an dem Regierungsentwurf vornehmen wird, wiederum nicht so umfangreich sein dürften. Präsident Eisenhower hat inzwischen den Kongreß in einer Botschaft erneut dringend ersucht, die von der Regierung geforderten Mittel zu bewilligen. Erhebliche Kürzungen an seinem Auslandshilfeprogramm könnten in den zu fördernden unterentwickelten Gebieten zu „Diktator oder fremder Vorkerrschaft“ führen.

Karatschi (UP)

Der amerikanische Vizepräsident Richard Nixon sagte am Montag in Pakistan, jede asia-

tische Nation, die sowjetische Hilfe annehme, riskiere, daß sie sich selbst „den Strick um den Hals“ legt. Der einzige Grund, warum die Sowjets einer Nation Unterstützung anbieten, sei aus ihr einen Satelliten zu machen. Nixon flog am Dienstag nach Ankara weiter, wo er Unterredungen mit der türkischen Regierung hatte. Im Mittelpunkt standen die Cypernfrage und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei. Wie Nixon vor der Abreise nach Mallorca erklärte, wurden auch die allgemeine Weltlage und die neue Taktik der Kommunisten besprochen. Die türkischen Politiker nahmen gegenüber der neuen sowjetischen Politik eine sehr realistische Haltung ein und warteten ebenso wie Amerika auf Taten statt Worte, bevor sie in ihrer militärischen Bereitschaft nachließen.

## Bulganin verteidigt den Korea-Krieg

Moskau (AP)

Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin hat auf einem Empfang für eine nordkoreanische Regierungsdelegation in Moskau den Korea-Krieg als einen „gerechten Kampf für Unabhängigkeit und ein besseres Leben“ bezeichnet. An dem Empfang nahmen das gesamte diplomatische Korps der Ostblockstaaten und die diplomatischen Vertreter einiger neutraler Länder teil. Die Botschafter Schwedens, Finnlands und der Schweiz stimmten in den Trinkspruch nicht ein, in dem Bulganin die „großen Leiden“ würdigte, die dem koreanischen Volk von den „Imperialisten“ zugefügt worden seien.

# Die USA wünschen mehr Stützpunkte in Spanien

Madrid (dpa)

Eine amerikanische Militärmission ist zu Verhandlungen über Verteidigungsprobleme in Madrid eingetroffen. Später sollen auch portugiesische Generalstabsleiter hinzugezogen werden. Die Verhandlungen gehen davon aus, daß im Sommer 1957 die erste Phase der militärischen Zusammenarbeit — die der Vertrag vom September 1953 vorsah — abgeschlossen sein wird. Der Bau der Flugzeugstützpunkte bei Rota, Sevilla, Madrid und Saragossa, der bis zu diesem Termin abgeschlossen sein soll, hat sich um etwa acht Monate verzögert. Der amerikanische Generalstab möchte den Vertrag von 1953 dahin erweitern, daß noch zwei neue Luftstützpunkte auf dem spanischen Festland und in den Häfen Ferrol, Cartagena und Mahon (auf Minorca) bestimmte Einrichtungen für die US-Marine gebaut werden. Insgesamt sind für die amerikanischen Bauten in Spanien 400 Millionen Dollar vorgesehen. Bisher wurden aber nur Aufträge im Werte von 180 Millionen Dollar vergeben und 70 Millionen Dollar bezahlt. Die spa-

nischen Streitkräfte haben auf Grund des Vertrages mit den USA bisher Waffen im Werte von etwa 300 Millionen Dollar erhalten. Der spanische Außenminister Martin Artajo ist nach Mallorca gefahren, wo er mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Nixon zusammentrifft, wenn dieser nach Beendigung seiner Asienreise in Palma eine Zwischenlandung macht.

## Amnestie in Ungarn

Budapest (UP)

Auf Empfehlung des Justizministeriums hat der ungarische Präsidialrat 11 398 Personen amnestiert, deren Verurteilung „mit der sozialistischen Kriminalpolitik nicht in Einklang steht“. Außerdem wurden 8 546 Personen auf Bewährung aus der Haft entlassen. Aus einer Statistik des ungarischen Justizministeriums geht hervor, daß sich die Zahl der Amnestierten von 33 im Jahre 1953 auf 1438 im Jahre 1955 erhöht hat. Im ersten Halbjahr 1956 wurden 875 Personen amnestiert.

# Lockrufe der FDJ an Wehrdienstgegner

Berlin (AP)

Nach dem SED-Sekretär Walter Ulbricht hat am Montag der Zentralrat der kommunistischen Freien deutschen Jugend alle von der Wehrpflicht betroffenen westdeutschen Jugendlichen aufgefordert, den Wehrdienst zu verweigern und notfalls in die DDR zu fliehen. Die Sowjetzone werde diesen Jugendlichen stets eine wahre Heimat sein und ihnen Schutz, Hilfe und Stätten friedlicher Arbeit bieten, heißt es in dem Aufruf. Die Jugend der DDR werde sich durch die „freie Provokation“ des Bundestags nicht beirren lassen, sondern ihre Wachsamkeit erhöhen und zum Schutze ihrer Republik ständig bereit sein, erklärt der FDJ-Zentralrat. Er fühle sich mit der sozialistischen Jugend in der Bundesrepublik in ihrem Kampf gegen die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht „völlig eins“.

Berlin (dpa)

Die Flucht von Sowjetzonen-Bewohnern in die Bundesrepublik ist jetzt kein Grund mehr für den Erlass eines Haftbefehls. Wie aus einem Artikel in der vom Justizministerium der DDR herausgegebenen Zeitschrift *Neue Justiz* hervorgeht, soll das Fahndungswesen in der DDR neu geordnet werden. Die Generalstaatsanwaltschaft habe festgestellt, daß die Fahndungsausschreibungen bisher vielfach „leichtfertig“ gehandhabt worden seien. Auch bei Bürgern, die geringfügige strafbare Handlungen begangen und aus übertriebener Furcht vor Strafe überstürzt die Republik verlassen hätten, seien ohne gründliche Prüfung Fahndungsausschreibungen veranlaßt worden. Durch solche Maßnahmen seien zahlreiche Einwohner, die nach einem Aufenthalt in der Bundesrepublik wieder in die Sowjetzone zurückwollten, abgeschreckt worden.

## Protestbrief Hilperths gegen Wehrpflicht

Göttingen (dpa)

Der Leiter des Deutschen Theaters in Göttingen, Heinz Hilpert, hat in einem Schreiben, das von allen Mitgliedern seines Ensembles unterzeichnet ist, bei Bundestagspräsident Gerstenmaier gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik protestiert. Hilpert bezieht sich in seinem Protestschreiben auf einen Brief, den Bertold Brecht an ihn geschrieben hatte und in dem der Dichter zum Ausdruck brachte, daß die Einführung der Wehrpflicht in eine ungewisse und unter Umständen

furchtbare Zukunft führen könne. Hinsichtlich der Auffassung Brechts von den möglichen Konsequenzen, die sich aus der Einführung der Wehrpflicht ergeben könnten, stellt sich Hilpert auf den Standpunkt des Dichters.

## Schwarze Fahnen gegen Blank

Jülich, Niederrhein (dpa)

Schwarze Fahnen wehten am Dienstag über dem Eisenbahn-Ausbesserungswerk Jülich. Die Belegschaft wollte damit gegen die geplante Übernahme des Werkes durch das Bundesverteilungsministerium demonstrieren. Die Bundesbahn hat den Betrieb als Ersatzteillager und Reparaturwerkstätte für die deutschen Luftwaffen einheiten des Flugplatzes Nörvenich angeboten. Die Arbeiter legten am Vormittag die Arbeit nieder und forderten auf Flugblättern unter Hinweis auf die Zerstörung Jülichs im Jahre 1944, daß ihnen die Arbeitsplätze im Eisenbahner erhalten bleiben. Ein Drittel der 1200 Mann starken Belegschaft zog vor die Jülicher Kreisverwaltung, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Am Nachmittag wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Weitere Nachrichten auf Seite 12

# Süddeutsche Zeitung

Herausgeber: V. Friedmann, E. Goldschagg, Dr. F. J. Schöningh, A. Schwingenstein

Leitung des Verlages: Dr. F. J. Schöningh, Stellv. H. Dürrmeyer

Chefredakteur: W. Ertelmann; Stellvert. und Innenpolitik: H. Proebst; Außenpolitik: J. Birnbaum; weitere leitende politische Redakteure: W. E. Süsskind, M. Fackler; Kultur: Dr. H. J. Sperr; Wirtschaft: Dr. W. Stutschek; Handel: Dr. E. Staeckgen; München: B. Polak; Bayern: E. Bäumer; Reise und Alpinen: G. Kreyssig; Reportagen: J. Steinmayr; Sport: L. Koppewallner; Chef vom Dienst: H. Deiring; sämtliche München-Sendlinger Str. 90; Bonner Redaktion: H. A. v. Heintze; Berliner Redaktion: R. Bayer. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: O. Haug, für den Inhalt der Anzeigen: H. Steurer. Zur Zeit ist Anzeigen-Preisliste Nr. 10 gültig. Satz, Platz und Aufnahmelage ohne Verbindlichkeit. Abonnementpreis monatlich 4,40 DM, bei Postbezug zusätzlich 0,54 DM Zustellgebühr. Erfüllungsort und Gerichtsstand: München. Verlag und Druckerei: Süddeutscher Verlag GmbH, München, Sendlinger Straße 90. Postanschrift: München 3, Schleißbach, Fernruf München 2 84 51. — Drahtort: Süddeutsche, Fernschreiber 052 3426 stdd. ztg. mch. — Nachruf: Redaktion 2 84 51. Nachrichtenaufnahme: 8 46. Pförtner: 7 4 50. Auslieferung: 5 34 51. Postcheckkonto München 53 41. Bei Nichterschienen der Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Für die Herausgabe in Österreich verantwortlich: Hans G. Kränzer, Wien 1, Prater 6.

# Um die Verkleinerung des Bundeskabinetts

### Neue Verhandlungen Adenauer — CSU / Die Zusammenarbeit in der Koalition soll verbessert werden

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn, 10. Juli

Wieder einmal wird in Bonn versucht, die Regierung und die sie tragende Koalition zu reformieren. Es geht nicht nur um die seit Wochen erörterte Verkleinerung des Kabinetts, sondern auch darum, die schwerbewegliche Riesen-Fraktion der CDU/CSU ein wenig „auf Schwung“ zu bringen und insgesamt eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Koalition und mit der Bundesregierung herbeizuführen. Während zahlreiche Abgeordnete und Politiker jetzt in den Parlamentsferien Erholung suchen, werden in Bonn Koalition und Kabinet einer Vorkur unterzogen, um für die kommenden Aufgaben besser gerüstet zu sein. Bis der Bundeskanzler am 20. Juli seinen Urlaub antritt, sollen die wichtigsten Maßnahmen eingeleitet und zum Teil vollzogen sein. Nicht zuletzt aus diesem Anlaß ist für Donnerstag der Bundesvorstand der CDU nach Bonn einberufen worden, um unter Leitung Adenauers die innen- und außenpolitische Situation zu beraten. Der bevorstehende Wahlkampf 1957 wird dabei seine Schattens voraus.

Bereits am vergangenen Samstag, wenige Stunden nach der Wehrpflichtdebatte, hatte der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die künftige Regierungs- und Koalitionspolitik erörtert. Am Montag wurde Adenauer von den Beratern unterrichtet. Hauptthema war die Frage der Arbeitskonzentration in Partei, Koalition und Regierung. Adenauer wurde der einstimmige Beschluß mitgeteilt, das Kabinet mit drei Ministern zu verkleinern. Die CDU/CSU wird Sonderminister Kraft in Pension schicken. Am

Montagabend suchte Adenauer Bundespräsident Heuss auf, dessen Zustimmung zur Entlassung oder Ernennung von Ministern erforderlich ist. Obwohl es im offiziellen Communiqué über die Besprechungen nur heißt, es seien aktuelle innen- und außenpolitische Fragen erörtert worden, wird in politischen Kreisen angenommen, daß der Bundeskanzler auch seine Pläne zur Verkleinerung des Kabinetts vortrug.

Heute wird Adenauer mit der FDP verhandeln und ihr auf Wunsch der CDU/CSU vermutlich nahelegen, sich zu entscheiden, welche zwei von ihren vier Ministern sie aus der Regierung zurückziehen will. Die Bundestagsfraktion der FDP erklärte dazu, sie habe „mit Erstaunen“ von Verlautbarungen Kenntnis genommen, in denen eine bevorstehende Umbildung des Bundeskabinetts erörtert wurde. Angesichts der schweren Probleme, denen sich die Bundesregierung gerade im kommenden Jahr gegenübersehen werde, werde die FDP die Kabinettsumbildung allein im Hinblick auf die sachlichen Notwendigkeiten und ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit und auf Personen diskutieren.

Am Dienstagmorgen suchten der CSU-Landesvorsitzende Seidel, Bundesminister Strauß und die Abgeordneten Stücken, Wachter und Höcherl den Bundeskanzler zur Fortsetzung des Gespräches auf, das sie vor zwei Wochen mit Adenauer geführt hatten. Vier Forderungen sind es, die sich durch diese Beratungen ziehen: 1. Verkleinerung und Reform des Kabinetts im Verhältnis zur Stärke der Koalitionfraktionen. 2. Bessere Koordinierung der Regierungsarbeit. 3. Meinungsverschiedenheiten der Minister dürfen nicht mehr in der Öffentlichkeit ausgetragen

werden. 3. Nicht nur bessere Koordinierung, sondern auch planmäßigere Arbeit auf längere Sicht auf den Gebieten der Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hier hat sich trotz wochenlangem Überlegen noch keine Lösung abgezeichnet, wie zum Beispiel die Arbeit des Verteidigungsrats und des Wirtschaftskabinetts aktiviert werden könnte. 4. Die Planung eines gesetzgeberischen Programms für das kommende Jahr. Die CSU kritisiert, daß es das Kabinet trotz mehrfacher Ansätze nicht vermocht habe, die Gesetzesvorhaben der einzelnen Ressorts untereinander und mit der Koalition abzustimmen und eine Rangfolge aufzustellen.

## Bayernpartei sucht Wahlhilfe

Düsseldorf (AP)

Sprecher des Zentrums erklärten in Düsseldorf, ihre Partei weise mit der Bayernpartei, mit der Christlichen Volkspartei (CVP) an der Saar und mit der Gesamtdeutschen Volkspartei des früheren Bundesinnenministers Heinemann einige gemeinsame Grundzüge auf, denen man durch ein Bündnis vor der nächsten Bundestagswahl Geltung verschaffen sollte. Pressemedien über eine enge Zusammenarbeit zwischen Zentrum und CVP wurden jedoch als verfrüht bezeichnet. — In München kamen Bayernpartei und SPD überein, weitere Verhandlungen über eine sozialdemokratische Wahlhilfe für die BP vertraulich zu behandeln. Auf der Sitzung des SPD-Landesauschusses zeigte sich kein Widerstand gegen eine Wahlhilfe für die BP. Die Delegierten hätten sich, wie verlautet, damit einverstanden erklärt, der Bayernpartei „weitgehend“ entgegenzukommen.